



Interview mit Ullrich Messmer

Ullrich Messmer ist erster Bevollmächtigter der IG Metall Nordhessen und Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD)

Warum gewinnen ausgerechnet die Protagonisten des neoliberalen Modells Bundestagswahlen? Warum gab es keine Mehrheit für einen grundlegenden Politikwechsel?

Die Regierungsparteien haben die Wahl nicht aus eigener Stärke gewonnen, sondern eher wegen der relativen Schwäche der anderen Parteien. Dass die schwarz-gelbe Koalition überhaupt keine Idee hat, wie wir die Krise sozial gerecht überwinden können, wurde ja ziemlich schnell deutlich.

Steuergeschenke an Ärzte, Anwälte, Erben und Hotelketten sind kein Konzept, sondern ein Armutszeugnis. Ich glaube, dass die Mehrheit der Bevölkerung das auch so sieht. Und wenn wir bei der nächsten Wahl klarer herausstellen können, dass es eine gute, solide und für alle Beteiligten faire Alternative gibt, dann ist auch ein Politikwechsel möglich.

Wie beurteilt ihr den Koalitionsvertrag der Bundesregierung im Hinblick auf seine Eignung, die Krise ökonomisch aber auch sozialpolitisch zu bewältigen? Was sind Eure größten Kritikpunkte?

Merkel und Westerwelle haben schlicht keine vernünftige Antwort auf die Krise. Sie wollen den Finanzmarkt nicht regulieren, sie betreiben gesellschaftliche Spaltung, sie verteilen Steuergeschenke mit dem einzigen Sinn, die eigene Klientel zu befriedigen - und zwar auf Pump. Das Allgemeinwohl gerät hier eindeutig aus dem Blick. Das wird Folgen haben: Den Ländern und Kommunen werden wegen dieser falschen Politik jährlich mehrere Milliarden Euro fehlen. Mehrere Milliarden! Damit wird der kommunale Handlungsspielraum für Betreuung, Bildung und Integration angegriffen. Die Kommunalpolitiker werden dank Schwarz-Gelb kaum noch Gestaltungsmöglichkeiten haben. Bei der Jugendarbeit sowie der Vereins- und Kulturförderung muss dann gestrichen werden.

Die SPD-Fraktion will das nicht. Wir fordern eine Finanztransaktionssteuer in Höhe von 0,05 Prozent auf alle Finanztransaktionen, die Regierung aber mauert. Diese Steuer wäre sehr moderat und würde zehn bis 20 Milliarden Euro pro Jahr in die öffentlichen Kassen bringen. Damit könnten wir die Krise sozial gerecht bewältigen. Aber was tun die Koalitionäre? Sie sperren sich aus ideologischen Gründen. Das ist schlecht für unser Land.

Stichwort Beschäftigungssicherung. Durch eine faire Verteilung der Arbeitszeit kann Beschäftigung in großem Umfang gesichert werden. Dazu sind neue arbeitszeitpolitischen Initiativen erforderlich. Gibt es eine politische Debatte im Parlament, in den Parteien?

Es gibt nach meiner Wahrnehmung bisher leider keine fraktionsübergreifende Debatte dazu. Aber die SPD-Fraktion bringt ihrerseits Ideen in den Bundestag ein. Mit Blick auf die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise halten wir die Fortsetzung der geförderten Altersteilzeit beschäftigungspolitisch für dringend geboten. In den Betrieben meiner nordhessischen Heimat hat sich dieses Instrument hervorragend bewährt und dafür gesorgt, dass viele junge Menschen nach ihrer Ausbildung eine Beschäftigungsperspektive bekommen haben. Wir haben daher einen Gesetzentwurf vorgelegt, der das Auslaufen der geförderten Altersteilzeit verhindern sollte. Der Gesetzentwurf sah vor, dass die Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit um fünf Jahre verlängert wird. Das hätte sichergestellt, dass für alle derzeit über 50-Jährigen eine mit Mitteln der Arbeitsförderung geförderte Altersteilzeit in Betracht kommt. Die Regierungsparteien haben das abgelehnt.

Ihr seid Gewerkschafter im Parlament. Welche Rolle spielen die Forderungen der IG Metall in Eurer Partei, z.B der Zukunftsfonds?

Die Kernforderungen der IG Metall decken sich weitgehend mit denen der SPD. Die SPD-Fraktion will eine gerechte Finanzierung der Krisenfolgen, mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie eine solide und verlässliche Unterstützung für kleine und mittlere Betriebe. Das sind alles Dinge, die von der IG Metall gefordert werden. Inhaltlich sehe ich da keine Probleme.

Wir müssen jetzt vor allem daran arbeiten, diese guten Ideen und Konzepte auch mobilisierungsfähig zu machen. Öffentlicher Druck muss her. Es muss klar werden, dass eine gesellschaftliche Mehrheit hinter den Konzepten der IG Metall und der SPD steht.

Was zur Sicherung der Beschäftigung in der Automobilindustrie geklappt hat, könnte in anderen sozialen, ökologischen, bildungspolitischen und kulturellen Feldern noch erheblich bessere Ergebnisse erzielen, beispielsweise im Rahmen eines umfassenden Programms zur Armutsbekämpfung. Seht Ihr dafür Ansatzpunkte?

Ich sehe auch hier starke Gemeinsamkeiten. Die Vorschläge des paritätischen Wohlfahrtsverbandes weisen in die richtige Richtung. Und gerade die IG Metall hat hier umfassende Konzepte vorgelegt, die in die Arbeit meiner Fraktion Eingang finden müssen. Dazu gehören grundlegende Erkenntnisse wie die, dass Armut und Bildungschancen zusammenhängen. Daraus müssen dann die richtigen Schlussfolgerungen für die Politik gezogen werden. Die kostenfreie Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr beispielsweise ist einer "Betreuungsprämie" eindeutig vorzuziehen. Selbstverständlich sollte sein, dass Studiengebühren keine Option sind, weil sie den Zugang zu Bildung erschweren.

Was ist wirkungsvoller: öffentliche Investitionen oder Steuersenkungen und warum?

Öffentliche Investitionen werden auf jeden Fall wirksam und kurbeln die Konjunktur an. Steuersenkungen könnten zwar für Investitionen genutzt werden – aber dafür gibt es überhaupt keine Garantie. Das sehen ja selbst einige CDU-Politiker so. Eine Ausweitung arbeitsplatzschaffender Investitionen kann es also nur mit einem öffentlichen Investitionsprogramm geben. Wer ernsthaft an einem Wachstumseffekt interessiert ist, der sollte von Steuersenkungen absehen und in die Bereiche der Kernaufgaben des Staats investieren. Darüber hinaus gilt: Wer den Kommunen und Ländern so viel Geld wegnehmen will, wie die Bundesregierung es vor hat, der gefährdet Arbeitsplätze, weil viele Aufgaben dann liegen bleiben. Und die von der Koalition begünstigten Ärzte, Anwälte, Erben und Hotelketten kümmern sich nun mit ihrer Steuerersparnis vermutlich nicht unbedingt um die Sanierung von öffentlichen Gebäuden oder die Finanzierung von sozialer Arbeit.

Wie steht ihr zur Besteuerung großer Vermögen?

Die SPD hat vor der Wahl gesagt: Wir wollen den Spitzensteuersatz auf 47 Prozent ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 125.000 Euro (Verheiratete 250.000 Euro) anheben. Damit soll die Finanzierung der Ausgaben für Bildung und Forschung gewährleistet werden. Dazu stehen wir nach wie vor. Eine Unterstützung dieses sinnvollen Anliegens durch CDU/CSU und FDP ist aber nicht zu erwarten. Die machen ja gerade das Gegenteil.

Wie seht ihr die Chance eines rot-rot-grünen Bündnisses auf Bundes- und Landesebene?

Koalitionsfragen sind im Moment nicht der entscheidende Punkt. Jetzt kommt es auf eine fundierte, engagierte und gesellschaftlich unterstützte Oppositionsarbeit an. Wir müssen im Parlament eine bessere Politik vorschlagen und es der Koalition so schwer wie möglich machen, ihre unsozialen Pläne durchzuziehen. Für eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei gibt es noch erhebliche Hürden. Ich habe allerdings die Hoffnung, dass es in der Zukunft möglich werden wird, dass die Parteien, die ein sozialstaatliches Modell vertreten, sich nicht gegenseitig im Weg rumstehen, sondern effektiv das Diktat des Wirtschaftsextremismus bekämpfen. Jetzt aber muss erstmal inhaltlich gearbeitet werden. Und in den kommenden vier Jahren kämpfe ich natürlich für eine starke SPD.